

## Deutschland.

## Ernährungsausschüsse in den Landkreisen des Regierungsbezirks Köln.

Köln, 31. Okt. Die Änderung in den politischen Verhältnissen beginnt sich im Regierungsbezirk Köln bereits in der Praxis zu verwirklichen. In der gestrigen Sitzung des Ernährungsausschusses für den Regierungsbezirk Köln hat Regierungspräsident v. Starck geeignete Vorschläge gemacht, die die völlige Billigung des Ausschusses fanden und im wesentlichen darauf hinauslaufen, die Regierung bzw. die Mitarbeit der Volksvertretung zu befestigen und eine Gewähr zu weiterer fruchtbarer Fortbildung dieser Idee zu geben. Es handelt sich um die Heranziehung der ländlichen Bevölkerung zur Mitwirkung in der Kriegswirtschaft. Der Regierungspräsident hält es für zweckmäßig, daß in jedem Kreis von dem Landrat alsbald ein Ausschuss der hervorragendsten Persönlichkeiten sowohl unter den Verbrauchern wie den Erzeugern zusammenberufen wird. Darin würden aufzunehmen sein: je ein Vertreter der Städte, der Landbürgermeistereien und der Industrie, je ein von den Organisationen benannter Vertreter der verschiedenen Gewerkschaften, je ein Vertreter der Geistlichkeit, der Lehrerschaft, nötigenfalls auch der Beamtenschaft, des Handels oder des Handwerks, ferner eine in der öffentlichen Wirtschaft erfahrene Frau. Aus den Kreisen der Erzeuger würden zu berufen sein: je ein benannter Vertreter der verschiedenen landwirtschaftlichen Organisationen des Kreises und je ein Vertreter des größeren, mittlern und kleinern Grundbesitzes, sowie landwirtschaftliche Angestellte. Die Zahl der Mitglieder wird etwa zehn bis zwanzig betragen müssen.

Als Aufgaben würden diesem Ausschuss zuzuwiesen sein: 1. Einblick in den Stand der Kriegswirtschaft des Kreises sowohl hinsichtlich der Erzeugung wie der Verteilung der Lebensmittel. 2. Aufklärung über die geplanten wichtigeren wirtschaftlichen Maßnahmen des Kreises. 3. Anregungen und Wünsche hinsichtlich der Kriegswirtschaft. Der Ausschuss muß periodisch in der Regel alle zwei Wochen zusammentreten. Über das Ergebnis dieser Behandlung ist eine kurze Darstellung in der Presse zu bringen, nötigenfalls ist auch die Presse oder auch die Öffentlichkeit zuzuziehen.

Der Regierungspräsident verspricht sich von diesem Ausschuss Vorteile nach mehreren Richtungen. Einmal entspricht diese Maßnahme dem Volksempfinden unserer Zeit, da das Volk nicht nur Gegenstand der Regierung sein, sondern auch an der Regierung und Verwaltung selber mitwirken will. Das dient zum Nutzen des Volkes, indem es dieses nötigt, aus dem Standpunkt der Kritik in die Mitwirkung bei der Verwaltung überzugehen und seinen Teil an der Verantwortung für die Verwaltungsmassnahmen zu übernehmen. Es lernt die Gründe der Massnahmen und die Schwierigkeit der Ausführung kennen und wird dadurch ein beträchtliches Maß an Aufklärung und Verständnis für die Kriegswirtschaft erhalten. Auf der andern Seite ist die Maßnahme wertvoll für die Behörden, namentlich für die Landräte. Diese leisten gegenüber einer überwältigenden Fülle neuer Aufgaben unter den schwierigsten Verhältnissen, bei Einziehung ihrer besten Beamten und beschränkten Verkehrsverhältnissen nahezu Übermenschliches. Der Erfolg ist der, daß niemand ihre Leistung anerkennt. Von den Verbrauchern wird ihnen vorgeworfen, daß sie unfähig wären, die Lebensmittel genügend zu erfassen, und daß sie unrecht läten, sich dem kleinen Schleichhandel zu widersetzen. Auf der Seite der Erzeuger dagegen beschuldigt man sie viel zu weitgehender Massnahmen und Eingriffe in die Landwirtschaft, ja man wirft ihnen Drangsalierungen vor, die den Erzeugern die Lust an der Erzeugung vertrieben. Aus diesen für die Behörden unerträglichen Zuständen müssen wir herauskommen und können es nur, indem wir das jetzt lediglich kritisierende Volk zur tätigen und verantwortlichen Mitwirkung bei der Verwaltung heranziehen. Diese Maßnahme ist auch kein Sprung ins Dunkle; denn es sind bereits bewährte Vorbilder für dieselbe vorhanden, wie namentlich der Ernährungsausschuss für den Regierungsbezirk. Diese Vorschläge und ihre Begründung wurden von verschiedenen Rednern geteilt, und es wurde hinzugefügt, daß durch eine solche Einrichtung bis in die weitesten Kreise hinein Aufklärung darüber geschaffen werde, wozu die einzelnen behördlichen Massnahmen dienen; man verspricht sich von ihr auch eine wesentliche Milderung des Gegensatzes zwischen Stadt und Land und eine Hebung des Vertrauens der Bevölkerung zu den Behörden. Nach dem gefassten Beschlusse sollen die Vertreter in die zu errichtenden Ausschüsse im besonderen von den vorhandenen Organisationen vorgeschlagen, und es soll weiter angestrebt werden, auch eine Verbindung zwischen den Kreis- und Volkseinrichtungen herzustellen.